

Kleine Anfrage 450

der Abgeordneten Sven Schröder und Christina Schade
der AfD-Fraktion

an die Landesregierung

Planung des Bundeswirtschaftsministers Sigmar Gabriel zur Klima-Abgabe für alte Kohlekraftwerke

Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) bezeichnete laut der Märkischen Oderzeitung von 25.03.2015 die Idee, 20 Jahre alte Kraftwerke mit einer Klimaabgabe zu belegen, als "ideologisch motivierten Schlag gegen den wichtigsten einheimischen Energieträger". Ungefähr die Hälfte aller Kraftwerke würde bei Umsetzung dieser Pläne aus wirtschaftlichen Gründen stillgelegt werden müssen.

Wir fragen die Landesregierung

1. Was wird die Landesregierung konkret unternehmen, um die Umsetzung der Pläne des Bundeswirtschaftsministers zu verhindern?
2. Wie viele wertschöpfende Arbeitsplätze würden durch diese Maßnahme unwiederbringlich verlorengehen, sollte sie so wie vorgeschlagen umgesetzt werden?
3. Welchen Handlungsbedarf sieht die Landesregierung im Fall der Umsetzung der Pläne, um den Kohlekraftwerksstandort Brandenburg zu erhalten?
4. Warum hat die Landesregierung bei ihrer massiven Förderung der sogenannten Erneuerbaren Energien nicht die konkreten Auswirkungen auf die Braunkohleverstromung bedacht, die von Experten anhand naturgesetzlicher wie ökonomischer unvermeidbarer Zwänge schon lange vorausgesagt wurden und die nun eintreten würden?
5. Hätte die Umsetzung der Pläne Auswirkungen auf die Energiestrategie 2030 der Landesregierung und wenn ja, welche wären das?
6. Sieht die Landesregierung im Falle der Umsetzung der Pläne eine Gefahr der weiteren Stromkostensteigerung und wenn ja, was gedenkt die Landesregierung dagegen zu tun?
7. Sieht die Landesregierung im Falle der Umsetzung der Pläne die Grundlastfähigkeit in Brandenburg als gefährdet an und wenn ja, welche Kraftwerksalternativen bestünden?